

Hintergrund

ANALYSE WAHLPROGRAMME ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017

WELCHE ZIELE UND MAßNAHMEN VERFOLGEN DIE PARTEIEN ZUR GESTALTUNG EINER ZUKUNFTSFÄHIGEN UND ERFOLGREICHEN UMWELTPOLITIK?

In der kommenden Legislaturperiode stehen der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung in der Verantwortung, die Vereinbarungen der Klimakonferenz von Paris sowie der Agenda 2030 von New York umzusetzen und die Voraussetzungen zu schaffen, um einen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklung konsequent in der Regierungspolitik zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund haben der Umweltdachverband Deutscher Naturschutzring (DNR) sowie weitere Umweltverbände vier Kernforderungen zur Bundestagswahl 2017 erarbeitet, die für eine zukunftsfähige und erfolgreiche Umweltpolitik in der nächsten Legislaturperiode entscheidend sind:

- Eine **ökologische Verkehrswende** mit dem Ziel von Verkehrsvermeidung und Verlagerung auf umweltverträglichere Verkehrsträger
- einen sozialverträglichen **Ausstieg aus der Kohleverstromung** bis spätestens 2035
- eine **Neuausrichtung der Agrarpolitik** mit Beendigung der industriellen Massentierhaltung sowie
- eine **Abschaffung umweltschädlicher Subventionen** durch Neuausrichtung des Steuer- und Abgabensystems.

Auf Grundlage dieser Kernforderungen wertet der DNR nachfolgend die Wahlprogramme von CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke und FDP aus. Es soll aufgezeigt werden, an welchen Stellen die Programme Defizite aufweisen und wo eine kontraproduktive Sektorpolitik den überfälligen Kurswechsel zur Erreichung der Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele verhindert.

Kernforderungen	CDU/CSU	SPD	Die Linke	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP
Verkehrswende					
Nachhaltige Mobilität					--
Verkehrsvermeidung					--
Kohleausstieg					
EU-Emissionshandel	--				
Ökolandbau					--
GAP					
Tierhaltung					
Düngerecht	--		--		
Pestizide	--	--	--		
umweltschädliche Subventionen					

1. ÖKOLOGISCHE VERKEHRSWENDE

CDU/CSU

Die CDU/CSU will laut ihrem Wahlprogramm die Umweltbelastung in Städten „schnell und deutlich reduzieren“ und legt dafür die europäischen Normen zur Minderung der Schadstoffbelastung in Städten und Ballungszentren bis spätestens 2020 zu Grunde. Gleichzeitig will sie jedoch auch „mehr Mobilität“ fördern, individuelle Reduktionspläne für betroffene Städte einführen und spricht sich gegen ein generelles Fahrverbot für bestimmte Fahrzeugtypen aus. In die bestehende Infrastruktur von Straßen, Schienen und Wasserwegen soll weiter investiert werden, um den zukünftigen Verkehrszuwächsen gerecht zu werden. Vorschläge zur Reduktion des Verkehrs als solchen werden nicht gemacht. Die CDU/CSU möchte zudem den Lärmschutz verbessern. Tempolimits werden abgelehnt. Der Abbau umweltschädlicher Subventionen im Verkehr ist nicht vorgesehen. Auch ist keine Reform für eine wirksame Kontrolle bei der Einhaltung der Emissionsvorgaben von Fahrzeugen vorgesehen.

Nachhaltige Mobilität in Form von Elektromobilität und der Einsatz alternativer Kraftstoffe soll mit dem Ziel gefördert werden, Deutschlands Marktführerschaft in der Produktion alternativer umweltfreundlicher Antriebe

zu erreichen. Fuhrparks von Behörden, Handwerksbetrieben und Taxiunternehmen, Bussen und Bahnen sollen auf Elektromobilität umgerüstet werden. Auch der Schienenverkehr soll weiter elektrifiziert werden. Als Alternative zum motorisierten Individualverkehr plant die Union die Einführung eines einheitlichen digitalen Tickets zur Nutzung des ÖPNV und die Förderung des Fahrradverkehrs und Radwegeausbaus. An der Stärkung des Luft- und Schiffsverkehrs als zentrale Säulen weltweiter Mobilität hält die Union jedoch fest und will sich für die Verbesserung nationaler Rahmenbedingungen einsetzen.

Zur **Verkehrsvermeidung** und zur Reduzierung des Individualverkehrs macht die CDU/CSU keine Vorschläge, da grundsätzlich von einem Verkehrszuwachs ausgegangen wird.

Fazit: Die CDU/CSU wird nach den Aussagen ihres Wahlprogramms **keine ökologische Verkehrswende** umsetzen, da sie am motorisierten Individualverkehr festhält und lediglich Alternativen hinzufügen möchte. Umweltschädliche Subventionen bleiben bestehen, so dass die Ziele zur Schadstoffreduktion kaum zu erreichen sind.

SPD

Die SPD spricht in ihrem Wahlprogramm von der Notwendigkeit einer Verkehrswende in Deutschland und versteht Mobilität gleichermaßen als zentrales Element einer fortschrittlichen Gesellschaft und starken Wirtschaft. Die Verkehrswende bedeutet für die SPD primär die Modernisierung der bestehenden Infrastruktur unter ökologischen Gesichtspunkten. Dafür soll ein „Bündnis für bezahlbare und nachhaltige Mobilität“ gegründet werden, das die Gestaltung einer digitalen, schadstofffreien und barrierefreien Mobilität bis 2050 konkretisieren soll. Die SPD will sich auf europäischer Ebene für ambitionierte Schadstoff-Grenzwerte bei PKW einsetzen.

Nachhaltige Mobilität in Form von Elektromobilität soll sowohl aus klima- als auch aus industriepolitischen Gründen vorangebracht werden. Ziel ist, das Auto zu einem emissionsfreien Verkehrsmittel zu entwickeln. Dafür soll die nötige Infrastruktur ausgebaut sowie Brennstoffzellenantriebe und andere emissionsarme Antriebstechnologien gefördert werden.

Zur **Verkehrsvermeidung** und Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs setzt die SPD auf einen breiten Ansatz, der vor allem Menschen in ländlichen Regionen erreichen soll. Sämtliche Verkehrsangebote sollen zusammen betrachtet und vernetzt werden. Der ÖPNV soll durch staatliche Finanzmittel modernisiert und mit energieeffizienten Antrieben ausgestattet werden. Die Angebote von Carsharing, Ruf- und Bürgerbussen soll erhöht und in einem nicht näher erläuterten „Schienenpakt“ eine Verdopplung der Bahnkunden bis 2030 erzielt werden. Zudem soll der Ausbau von innerörtlichen und regionalen Radwegen gefördert sowie die Anzahl von Ladestationen für E-Bikes erhöht werden. Schifffahrt als Alternative zum LKW soll attraktiver werden. Die Entwicklung alternativer Kraftstoffe und Antriebe für Flugzeuge soll vorangetrieben werden.

Fazit: Die SPD hat die **Notwendigkeit einer Verkehrswende erkannt**. Mit Programmen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs durch die Stärkung emissionsfreier Mobilität soll dazu die Grundlage gelegt werden. Da umweltschädliche Subventionen vorerst jedoch bestehen bleiben, bedeutet dies aber **keinen konsequenten Kurswechsel**.

Die Linke

Die Linke beschreibt die aktuelle Verkehrspolitik als sozial ungerecht und umweltschädlich und spricht daher in ihrem Wahlprogramm von einer „zwingend notwendigen sozial-ökologischen Verkehrswende“. Vorrangig soll demzufolge der Schadstoffausstoß reduziert und alle staatlichen Subventionen umweltschädlicher Kraftstoffe abgeschafft werden (Diesel, Flugbenzin, Biokraftstoffe). Steuerprivilegien müssen nach ökologischen Kriterien umgestaltet werden (z. Bsp. Dienstwagen, Pendlerpauschale). Ab 2025 soll der CO₂-Grenzwert für Neuwagen in Europa unter 60 Gramm liegen und ab 2030 sollen ausschließlich emissionsfreie Autos zugelassen werden. Folgekosten sollen nach dem Verursacherprinzip den Herstellern in Rechnung gestellt werden.

Nachhaltige Mobilität in Form von Elektromobilität soll nur im öffentlichen Verkehr finanziell gefördert werden. Kaufprämien für den privaten Erwerb von Elektroautos sollen abgeschafft werden, weil der

Individualverkehr insgesamt reduziert werden soll. Zuschüsse für E-Autos im Falle berufsbedingter Vielfahrer sind möglich (soziale Dienste, Handwerker, Taxis etc.).

Zur **Verkehrsvermeidung** soll der motorisierte Individualverkehr reduziert werden. Erreicht werden soll das durch den Ausbau des ÖPNV und dessen Umstellung auf neue Antriebsmodelle, Vergünstigung von ÖPNV- und Bahntickets sowie den Ausbau des Fahrrad- und Fußverkehrsnetzes. Der Anstieg des motorisierten Individualverkehrs wird als eine Ursache für den Klimawandel anerkannt. Eigenwirtschaftliche Betriebe wie z. Bsp. UBER als Alternative der Mobilität sollen abgeschafft werden.

Fazit: Mit dem Abbau umweltschädlicher Subventionen und der Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs sind hinsichtlich des Klimaschutzes die **Grundlagen einer ökologischen Verkehrswende gelegt**. Im Wahlprogramm **fehlen jedoch klare Konzepte**, mit welchen Instrumenten und Finanzmitteln ein Kurswechsel tatsächlich umgesetzt werden kann.

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Die Grünen legen in ihrem Wahlprogramm einen umfangreichen Fahrplan zur Gestaltung einer schadstoffarmen Verkehrsnutzung vor. Ziel ist der vollständige Ausbau der Elektromobilität (100 % erneuerbare Energien im Verkehr bis zum Jahr 2050) und der Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor (bis 2030). Ordnungspolitisch soll die Schadstoffbelastung durch strenge CO₂-Grenzwerte kontrolliert werden, umweltschädliche Subventionen sollen beendet (z. Bsp. von Dienstwagen mit hohem Spritverbrauch) und hoher Schadstoffausstoß besteuert werden (z. Bsp. emissionsintensive Fluggesellschaften, Neuwagen und Dienstwagen mit hohen Emissionen) Die KfZ-Steuer soll reformiert werden.

Nachhaltige Mobilität soll erreicht werden, indem alle PKW zu abgasfreien Autos ab 2030 umgerüstet werden. Zudem sollen Kommunen durch rechtliche Instrumente legitimiert werden, Umweltzonen zu stärken. Die LKW-Maut soll auf das gesamte Bundes- und Landesstraßennetz ausgeweitet werden. Gleichzeitig soll die gesamte E-Mobilität (Autos, ÖPNV, Lastenräder) zeitlich befristet subventioniert werden. Kommunen sollen finanziell unterstützt werden, ihren innerstädtischen Logistikverkehr auf E-Mobilität und Lastenräder umzustellen. Rad- und Fußwege sollen umfassend ausgebaut werden. Der Einsatz von billigem Schweröl für Fracht- und Kreuzschiffe soll durch die Umrüstung auf umweltfreundlichere Energieträger drastisch reduziert werden.

Für die **Verkehrsvermeidung** und die Reduktion der Nutzung und des Bedarfs an Autos sollen Alternativen wie Car- und Bikesharing, ein ausgebauter ÖPNV, Radschnellwege, Fußwege und ein modernisiertes Schienennetz besser verbunden werden.

Fazit: Das Programm der Grünen ist mit den relevanten Politikfeldern kohärent abgestimmt, so dass eine **Umsetzung der ökologischen Verkehrswende möglich** ist.

FDP

Laut Wahlprogramm stehen im Mittelpunkt der Verkehrspolitik Investitionen des Bundes in Höhe von zwei Milliarden Euro für den Ausbau und die Sanierung von Autobahnen und Fernstraßen sowie den schienengebundenen ÖPNV. Jegliche staatliche Vorgaben zur Umstellung auf umweltfreundliche Alternativen werden abgelehnt. So soll es kein Verbot von Verbrennungsmotoren, keine zwangsweise Einführung von Elektroautos, keine Einmischung in Preisbildung durch Emissionsvorgaben und keine PKW-Maut geben. Flug- und Schiffsverkehr sollen unverändert finanziell gefördert werden.

Fazit: Die FDP wird **keine ökologische Verkehrswende** umsetzen.

2. ENERGIEPOLITIK UND AUSSTIEG AUS DER KOHLEVERSTROMUNG

CDU/CSU

Die CDU/CSU bekennt sich im Wahlprogramm zu den Klimazielen von Paris, macht ihre Umsetzung aber von marktwirtschaftlichen Instrumenten abhängig. Sie sprechen sich gegen jegliche staatlichen Vorgaben aus.

Der **Kohleausstieg** wird im Programm nicht explizit erwähnt. Langfristig soll ein Großteil fossiler Energien durch umweltfreundliche Energien ersetzt werden, genaue Ausführungen oder Äußerungen zu Emissionshandel, Strompreisen, Ausbau erneuerbarer Energien etc. werden aber nicht gemacht.

Fazit: Die CDU/CSU **bekannt sich zwar abstrakt zu den nationalen wie internationalen Klimazielen**, vermeidet aber jede Konkretisierung. Es wird **keine Lösung für die anhaltend hohen CO₂-Emissionen im Energiesektor** angeboten.

SPD

Die SPD formuliert in ihrem Wahlprogramm eine sogenannte ökologische Industriepolitik. So soll der mittelfristige Rückgang der Braunkohleverstromung durch umfangreiche Strukturhilfen für die betroffenen Regionen ausgeglichen werden. Der Kohleausstieg wird so nur implizit erwähnt, konkrete Ziele oder Maßnahmen fehlen.

Die SPD möchte die Energiewende dazu nutzen, durch die notwendigen neuen Technologien Arbeitsplätze zu halten und neu zu schaffen. Sie bekennt sich zum Klimaziel von 40% THG-Reduktion bis 2020 und möchte bis spätestens 2050 Energie weitestgehend treibhausgasneutral erzeugen. Bis dahin setzt die SPD auf einen Mix konventioneller Energieträger und erneuerbarer Energien, wobei dem Gas (fossil wie erneuerbar) eine Schlüsselrolle zugesprochen wird. Moderne Kraft-Wärme-Kopplung soll zusätzlich gefördert werden und der Ausbau von Wind- und Solarenergie vorangetrieben werden. Die SPD will die Abschaffung der Fördermöglichkeiten für neue Atomkraftwerke auf EU-Ebene erreichen. Sinkende Börsenstrompreise und Einkaufspreise der Gasversorger sollen bei den Verbraucher*innen ankommen. Bürger-Energiegenossenschaften sowie Mieterstrommodelle sollen für eine bessere finanzielle Teilhabe gestärkt werden. Kommunen sollen zudem ihre Netzinfrastruktur rekommunalisieren können, wenn sichergestellt ist, dass der Netzbetrieb sicher und effizient erbracht werden kann.

Der **EU-Emissionshandel** soll als zentrales Klimaschutzinstrument weiter gestärkt werden. Dazu soll auch geprüft werden, CO₂-Mindestpreise „auf europäischer Ebene“ einzuführen. Diese Formulierung lässt bewusst offen, ob die Einführung nur auf EU-Ebene, oder auch als Vorreiterallianz einiger Staaten gedacht ist.

Fazit: Die SPD legt vielfältige Pläne zum ökologischen Strukturwandel der Energiewirtschaft vor, hat jedoch **keine Pläne zum Kohleausstieg**.

Die Linke

Die Linke strebt eine vollständige Energiewende an, die durch einen entsprechenden Fonds finanziert und durch die verstärkte Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung als Brückentechnologie umgesetzt werden soll (Anteil bis 2020 auf 25 % an der Bruttostromerzeugung erhöhen). Sie will den Anteil erneuerbarer Energien bis 2040 auf 100 % steigern (43 % bis 2020 und 70 % bis 2030). Zudem fordert die Partei eine Verschärfung des Klimaschutzplans 2050, um die weltweite Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Der Ausstoß von Treibhausgasen soll bis 2020 um 40 % gegenüber dem Jahr 1990 verringert werden, bis 2030 um 60 % und bis 2050 um 95 %. Die Linke will die Energiewende sozial gerecht gestalten. Dazu soll auch ordnungspolitisch der Einfluss der großen Energieversorger zugunsten einer regionalen Partizipation der Bevölkerung zurückgedrängt werden. So sollen Akteure wie Energiegenossenschaften, Bioenergiedörfer, Betriebe, Städte und Kommunen Rechte zum Kauf der von ihnen genutzten Netze erhalten. Energiearmut soll durch entsprechende Sockeltarife für den Stromverbrauch sowie einer Überwachung des Strompreises durch Verbraucher*innen, Gewerkschaften und Umwelt-Sozialverbänden verhindert werden. Ökologische Bauweisen sollen finanziell gefördert und klimafreundliche Bauweisen festgeschrieben werden. Das Abgaben – und Umlagesystem soll neu gestaltet werden, so dass ungerechtfertigte Industrierabatte entfallen. Pläne zur

Gestaltung einer erhöhten Energieeffizienz fallen minimal aus und beschränken sich im Wesentlichen auf die Energieeffizienz von Haushaltsgeräten.

Der **Kohleausstieg** soll bis spätestens 2035 im Rahmen eines Kohleausstiegsgesetzes erreicht werden. Zudem soll ein Neubauverbot von Kohlekraftwerken erlassen werden. Das Verursacherprinzip soll für Rückbau und Haftung der Folgekosten gelten.

Es sollen drei Milliarden CO₂-Zertifikate permanent aus dem **EU-Emissionshandel** gelöscht werden.

Fazit: Die Linke will den **Kohleausstieg gesetzlich regeln** und eine vollständige Energiewende durchsetzen. Allerdings finden sich **keine Konzepte**, die eine Umsetzung dieser Ziele konkretisieren.

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Den vollständigen Umbau der Energieerzeugung hin zu Erneuerbaren wollen die Grünen unter anderem durch weitreichende Gesetze auf nationaler wie auch europäischer Ebene erreichen. In einem nationalen Klimaschutzgesetz sollen die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens durch nationale Reduktionsziele rechtsverbindlich festgelegt werden. Dabei sollen die Ziele auf die einzelnen Sektoren wie Energie oder Verkehr runtergebrochen werden und mit ambitionierten Aktionsplänen unterlegt werden. Die Grünen wollen die Klimaverschmutzung stärker sanktionieren und das Verursacherprinzip stärken. Mit einem nationalen CO₂-Mindestpreis wollen die Grünen sicherstellen, dass der Emissionshandel eine Lenkungswirkung entfaltet und sich klimafreundliche Investitionen lohnen. Die zusätzlichen Einnahmen durch den Mindestpreis sollen weitere Klimaschutzmaßnahmen finanzieren, z. Bsp. die Umstellung auf kohlenstoffarme Industrieprozesse oder die sozialverträgliche, energetische Gebäudemodernisierung. Das Divestment (Abzug von Geldern aus klimaschädlichen Geschäftsmodellen) soll auf EU-Ebene verankert und damit beschleunigt werden.

Der **Kohleausstieg** soll in einem Kohleausstiegsgesetz und einer Novellierung des Bergrechts unumkehrbar festgeschrieben werden. Bis 2020 sollen die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke vom Netz genommen werden und der CO₂-Ausstoß der verbleibenden Kohlekraftwerke analog zu den Klimazielen gedeckelt werden bis der Kohleausstieg 2030 abgeschlossen ist. Der Strukturwandel soll mittels eines Fahrplans sozialverträglich gestaltet werden. Als Brückentechnologien soll hocheffiziente und zunehmend erneuerbare Kraft-Wärme-Kopplung unterstützt werden. Die „Sonnensteuer“ soll abgeschafft und ein Ökostrommarktmodell eingeführt werden, damit aus deutschen erneuerbaren Anlagen Grünstrom auch wieder als Ökostrom vermarktet werden kann.

Der **EU-Emissionshandel** muss dahingehend reformiert werden, dass CO₂-Zertifikate teurer werden. Hierfür müssen überschüssige CO₂-Zertifikate dauerhaft gelöscht und die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten beendet werden.

Fazit: Die Grünen wollen den **Kohleausstieg durch entsprechende Gesetze verbindlich umsetzen** und eine Energiewende zu 100 % erneuerbare Energien anstreben.

FDP

Die FDP lehnt auch in der Energiepolitik jegliche staatlichen Auflagen, Steuern oder Subventionen ab. Klimaschutz soll vielmehr durch wirtschaftliche Anreize statt Verzichte und Verbote erreicht werden. Nationale Klimaziele wie auch nationale Einzelregelungen lehnt die FDP ab und wirbt für eine Angleichung der deutschen Klimaziele an die EU-Ziele. Für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie durch niedrige Energiepreise setzt die FDP auch weiter auf fossile Energieträger. Parallel sollen, wo wirtschaftlich sinnvoll, auch die Erneuerbaren Energien weiter ausgebaut werden. Dass EEG soll abgeschafft werden, die Stromsteuer auf das gesetzliche Mindestmaß reduziert und der Emissionshandel zum zentralen Minderungsinstrument erklärt werden. Sie lehnt sektorspezifische Emissionsminderungsziele ab.

Der **EU-Emissionshandel** als marktwirtschaftliches Steuerungsinstrument müsse gestärkt und auf weitere Sektoren (z. Bsp. Wohnen und Verkehr) ausgedehnt werden, damit zukünftige Kooperationen mit anderen internationalen Emissionshandelssystemen möglich werden. Als Impulsgeber für klimafreundliche Innovationen gelten für die FDP ein weltweiter Preis für CO₂-Emissionen, langfristig verlässliche Emissionsziele und unternehmerische Flexibilität beim Handel mit den Emissionszertifikaten. Die Erlöse aus dem Handel sollen nicht der Subventionierung dienen.

Fazit: Die FDP wird die **Kohleverstromung vorerst nicht beenden** und **keine Energiewende** einleiten.

3. AGRARWENDE

CDU/CSU

Im Wahlprogramm fordert die CDU/CSU eine vielfältige, nachhaltige, wettbewerbsfähige, bodengebundene und flächendeckende Landwirtschaft in bäuerlicher Hand. Dafür müssten die Marktpreise fair sein und ein auskömmliches Einkommen ermöglichen. Innovationsfonds für die Landwirt*innen sollen den technischen, biologischen und digitalen Fortschritt durch Agrarforschung und Innovationen wie Präzisionslandwirtschaft beschleunigen. Zudem will die CDU/CSU kleinere und mittlere Betriebe fördern.

Der **Ökolandbau** und die konventionelle Landwirtschaft stehen für die CDU/CSU nicht im Gegensatz und sollen beide zielgerichtet gefördert werden.

Die **Gemeinsame Agrarpolitik der EU** (GAP) hat einen sehr hohen Stellenwert. Zur Kontinuität soll die Beibehaltung des Zwei-Säulen-Modells und auch nach 2020 die Fortführung der Direktzahlungen dienen. Außerdem setzt sich die CDU/CSU auf EU-Ebene für eine Verbesserung der Kriseninstrumente ein.

In der **Tierhaltung** und dem Tierschutz hält die CDU/CSU weitere Verbesserungen und einheitliche Standards auf EU-Ebene für nötig. Dazu kann die Einführung eines neuen staatlichen Tierwohllabels beitragen, um das Tierwohl zu erhöhen und die Marktchancen der betreffenden Betriebe zu verbessern. Dabei müsse die Weiterentwicklung aber praxistauglich sein.

Fazit: Obwohl die CDU/CSU den Ökolandbau befürwortet, werden die Beibehaltung der pauschalen Direktzahlungen und die unkonkreten Vorstellungen im Bereich Tierhaltung **keine Agrarwende** einleiten.

SPD

Im Wahlprogramm der SPD wird Ernährungssicherheit dem Schutz von Natur, Umwelt, Klima und Tierwohl gleichgestellt. Die SPD vertritt eine Landwirtschaft, die auf Umwelt- und Naturschutz, die Interessen der Verbraucher*innen und das Wohl der Tiere ausgerichtet ist, bei gerechten Arbeitsbedingungen und einer fairen Entlohnung. Dabei gälte der Grundsatz „öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen“.

Der **Ökolandbau** sei derzeit zwar die nachhaltigste Form der Landwirtschaft, aber aufgrund der hohen Nachfrage nach Lebensmitteln seien die konventionelle und ökologische Landwirtschaft gleichermaßen notwendig. Die SPD bekennt sich deshalb zu beiden Produktionsformen.

Betriebe, die eine artgerechte **Tierhaltung** betreiben, sollen unterstützt werden. Dabei sei eine Kennzeichnung von Lebensmitteln aus artgerechter Tierhaltung sinnvoll. Die Einführung eines staatlichen Tierschutzlabels auf Grundlage der Kriterien des Deutschen Tierschutzbundes wird angestrebt. Prüf- und Zulassungsverfahren für Stallhaltungssysteme, Tierschutzindikatoren sowie bessere Haltungs- und Transportbedingungen sollen zu mehr Tierschutz beitragen. Es gilt eine nationale und europäische Nutztierstrategie zu erarbeiten und ein modernes Tierschutzgesetz zu schaffen, dass die Würde und das Wohlergehen der Tiere schützen würden. Außerdem gehöre der Tierschutz in Aus-, Fort- und Weiterbildungen.

Die **Gemeinsame Agrarpolitik der EU** (GAP) soll überarbeitet werden. Die SPD strebt den schrittweisen Ausstieg aus dem 2-Säulen-Modell bis 2026 an.

Der Einsatz von **Pestiziden** und **Dünger** soll auf das unbedingt notwendige Maß reduziert und das Bundesbodenschutzgesetz novelliert werden.

Fazit: **Reformen in der Agrarpolitik** werden von der SPD angestrebt. Zudem bekennt sie sich zum Grundsatz „öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen“, wobei die **öffentlichen Leistungen nicht näher definiert** werden.

Die Linke

Leitendes Prinzip der Linken ist eine auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft. Die Linke tritt für eine sozial gerechte und ökologische Landwirtschaft ein, die den Schwerpunkt auf regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung setzt. Dazu soll die Hofabgabeklausel abgeschafft werden. Mit höheren Erzeugerpreisen könnte die Abhängigkeit der Landwirtschaftsbetriebe von Fördermitteln reduziert und über eine gerechte Gewinnverteilung in der Wertschöpfungskette gesichert werden, sodass Lebensmittel bezahlbar bleiben.

Der **Ökolandbau** soll weiter ausgebaut werden.

Die Linke strebt eine grundlegende Reform der **Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP)** an. Ab der kommenden Förderperiode nach 2020 dürfe es nur noch Geld für konkret nachweisbare öffentliche Leistungen geben.

Die **Tierhaltung** soll flächengebunden, auf die einheimische Nachfrage bezogen und tiergerecht sein. Dazu diene die Einführung von Bestandsobergrenzen für Regionen und Standorte. Formen der Nutztierhaltung mit quälärischen Produktionsweisen und einem hohen Bedarf an Antibiotika sollen verboten werden.

Fazit: Die Linke strebt **Reformen in der Agrarpolitik** an.

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Die Grünen unterstützen eine bäuerliche, ökologische und regionale Wirtschaftsweise und wenden sich gegen eine exportorientierte, industrielle Agrarwirtschaft. Die Landwirtschaft solle dafür sorgen, dass es den Tieren in den Ställen besser gehe, die Artenvielfalt erhalten bleibe und Klima, Wasser und Boden geschützt würden. Dabei müsse den Landwirt*innen ein gutes Auskommen verschafft werden. Das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ müsse daher auch für die Agrarförderung gelten.

Der **Ökolandbau** ist das Leitbild der Grünen und soll in den nächsten sieben Jahren mit einer Milliarde Euro gefördert werden. Die konventionelle Landwirtschaft und die landwirtschaftliche Produktion müsse auf der gesamten Fläche umweltverträglich werden. Dabei soll Bäuer*innen der Weg zum Ökolandbau geebnet werden, damit die Klimaziele erfüllt und die industrielle Landwirtschaft bis 2050 auf eine klimaneutrale, ökologische Landwirtschaft umgestellt werden kann.

Die **Tierhaltung** soll in einer entsprechenden Verordnung geregelt und ein neues Tierschutzgesetz geschaffen werden. Weiterhin sollen Kommunen mitentscheiden können, ob Tierhaltungsanlagen auf ihrem Gemeindegebiet entstehen. Die industrielle Massentierhaltung wollen die Grünen in den nächsten 20 Jahren beenden. In Schulen und Ausbildung sollen die globalen Folgen unserer Lebensmittelproduktion thematisiert und verdeutlicht werden.

Die europäischen Agrarmittel im Rahmen der **Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP)** sollen umgeschichtet werden, um einen Umbau der Landwirtschaft und des Agrarmarkts, die auf Klasse statt Masse setzen, zu fördern. Bisher würden durch die Subventionen nur der Besitz von Fläche belohnt, unabhängig davon, wie sie bewirtschaftet wird.

Der Einsatz von besonders schädlichen und gesundheitsgefährdenden **Pestiziden** wie Glyphosat und Neonicotinoiden soll beendet werden. Dazu soll ein Programm aufgelegt werden, das mittels einer Pestizidabgabe den Pestizideinsatz eindämmt. Die Zulassung neuer chemischer Wirkstoffe in der EU soll einschränkt und aus dem Einflussbereich der Hersteller herausgeholt werden.

Die Überdüngung soll eingedämmt und das **Düngerecht** am Gewässerschutz ausgerichtet werden.

Fazit: Die Grünen stehen **für eine Agrarwende**.

FDP

Die FDP setzt sich laut ihrem Wahlprogramm für eine moderne Agrarpolitik ein, die Artenvielfalt und artgerechte Tierhaltung sichern und die Landwirtschaft dabei nicht behindern soll. Große Chancen für die Landwirtschaft lägen in digitalen Innovationen.

Im Rahmen der **Gemeinsamen Agrarpolitik der EU** (GAP) wird das Greening, also die Kopplung der Direktzahlungen an öffentliche Leistungen, unter Praktikabilitäts- und Bürokratieaspekten kritisch gesehen. Den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft soll die Einrichtung einer steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklage ermöglicht werden, damit sie eigenverantwortlich und selbstbestimmt für die branchentypischen Krisen vorsorgen können.

Die FDP setzt sich laut ihrem Wahlprogramm für eine artgerechte **Tierhaltung** und Tierernährung ein. Wünschenswerte Verbesserungen bei der Nutztierhaltung sollen durch eine gezielte Agrarinvestitionsförderung erreicht werden. Starre ordnungsrechtliche Vorgaben oder zu ehrgeizige Tierwohl-Zertifizierungen würden hingegen vor allem kleine Landwirtschaftsbetriebe überfordern und somit den Strukturwandel beschleunigen.

Das **Düngerecht** soll praktikabel und beweglich sein, nach dem Grundsatz einer bedarfs- und standortgerechten Nährstoffversorgung der landwirtschaftlichen Kulturen. Somit sollen Landwirt*innen in der Lage bleiben, nach Entzug und Bilanz zu düngen.

Die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur nachhaltigen Anwendung von **Pestiziden** soll ohne Abstriche vorangetrieben werden. Bei öffentlichen Diskussionen über bestimmte Wirkstoffe sollen nicht Stimmungen zählen, sondern nachvollziehbare Fakten und nicht zuletzt die Stellungnahmen des Bundesinstitutes für Risikobewertung.

Fazit: Obwohl sich die FDP zur Sicherung der Artenvielfalt und einer artgerechten Tierhaltung bekennt, will sie sich in der Tierhaltung, im Düngerecht und beim Einsatz von Pestiziden **nicht auf verbindliche Standards festlegen**.

4. ABSCHAFFUNG UMWELTSCHÄDLICHER SUBVENTIONEN

CDU/CSU

Im Wahlprogramm von CDU/CSU werden **umweltschädliche Subventionen nicht erwähnt**.

SPD

Die SPD plädiert in ihrem Wahlprogramm dafür, im Rahmen eines nationalen Klimaschutzgesetzes **umweltschädliche und wettbewerbsverzerrende Subventionen einer Prüfung zu unterziehen**.

Die Linke

Die Linke hält den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft für notwendig. An die Stelle blinden Wachstums müssten gezielte, am Gemeinwohl und dem Bedarf der Bevölkerung orientierte Investitionen in den sozialen und ökologischen Umbau von Produktion und Dienstleistungen treten. Das soll dazu beitragen, den Verbrauch natürlicher Ressourcen und den Energieverbrauch zu reduzieren. Als Beispiele werden das Dienstwagenprivileg, Dieseltreibstoff, Pendlerpauschale, Flugbenzin und Biokraftstoff benannt. Eine andere Steuerpolitik und grundlegende Reformen der staatlichen Wirtschaftsförderung sollen dafür sorgen, dass nicht weiterhin vor allem Gutverdienende, Arbeitgeber*innen und die Automobilindustrie auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt profitieren.

Fazit: Die Linke will durch den **Abbau umweltschädlicher Subventionen** den Ressourcen- und Energieverbrauch reduzieren.

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Die Grünen wollen umweltschädliches Verhalten nicht weiter subventionieren. Beispiele umweltschädlicher Subventionen sind schwere Dienstwagen, Flugverkehr, Regionalflughäfen, Landwirtschaft, Forschung im Bereich Atomenergie (Kernfusion, Transmutation, Atomreaktoren der vierten Generation). Da sich Subventionen wie diese auf über 50 Milliarden Euro pro Jahr belaufen, gälte es in einem ersten Schritt die umweltschädlichsten, beziehungsweise die am einfachsten zu kappenden Subventionen in Höhe von wenigstens zwölf Milliarden Euro einzusparen. Diese Gelder sollen in den Klimaschutz investiert und zur Unterstützung ärmerer Haushalte bei Investitionen zum Energie- und Ressourcensparen dienen. Durch eine ökologische Steuerreform sollen ökologisch nachhaltige Produktionsprozesse, Erzeugnisse und Dienstleistungen stärker begünstigt werden. Dabei wollen Die Grünen die Möglichkeit prüfen, neben sozialen auch ökologische Ziele bei der Mehrwertsteuer zu berücksichtigen, wie zum Beispiel 2011 vom EU-Parlament und wiederholt vom Umweltbundesamt empfohlen.

Fazit: Die Grünen streben eine ökologische Steuerreform an und wollen den **Abbau umweltschädlicher Subventionen** vorantreiben.

FDP

Die FDP setzt sich für eine Subventionsbremse des Bundeshaushalts ein. Alle staatlichen Subventionen sollen überprüft werden und künftig alle Subventionen vom Bundeshaushalt getrennt festgelegt und stufenweise abgeschmolzen werden. Als Beispiele dafür werden die Kaufprämie für Elektroautos, Agrar-Export-Subventionen und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) benannt.

Fazit: Die FDP hat **keine Pläne zum Abbau umweltschädlicher Subventionen**.

QUELLEN:

Bündnis 90/ Die Grünen (2017): Zukunft wird aus Mut gemacht.

CDU/CSU (2017): Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.

Die Linke (2017): Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.

FDP (2017): Schauen wir nicht länger zu.

SPD (2017): Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken.

KONTAKT & WEITERE INFORMATIONEN:

Deutscher Naturschutzring (DNR), Tel.: 030/6781775-70, info@dnr.de
